

ÜBERSICHTEN

Außenpolitik

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

* (1) Besuch des Bundeskanzlers in der VR China

Auf Einladung der chinesischen Regierung besuchte Bundeskanzler Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 die VR China und stattete anschließend noch dem Königreich Nepal vom 19. bis 21. Juli einen Besuch ab.

Der Kanzler wurde von BMZ-Minister Hans Klein und einer Delegation hochrangiger Repräsentanten der deutschen Wirtschaft begleitet. (Vgl. hierzu Thema "Das deutsch-chinesische Beziehungswunder" in diesem Heft.) -we-

AFRIKA UND NAHOST

* (2) Chinesische Hilfe für Ölschiffe aus Kuwait?

Seit China und Kuwait im April 1971 diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, hat sich zwischen ihnen ein Verhältnis entwickelt, das nicht nur - wie beispielsweise die Beziehung zum Libanon - aus schönen Worten besteht, sondern eine äußerst solide Finanz- und Wirtschaftsbasis besitzt. Der an Petrodollar reiche Golfstaat stellt China Finanzmittel zur Verfügung, während die Volksrepublik im Gegenzug zahlreiche Projekte in Kuwait übernommen hat. Die Beijinger Presse spricht von einem "Modellfall der Süd-Süd-Zusammenarbeit". U.a. leistet der "Kuwaitische Fonds für Arabische Wirtschaftsentwicklung" der VR China seit 1985 zinsgünstige Kredite im Werte von 30 Mio. US\$, mit denen u.a. ein hydroelektrisches Kraftwerk in der Provinz Fujian gebaut wird. Zusätzlich wurde vereinbart, eine gemeinsame chinesisch-arabische Firma für die Erzeugung von Chemiedünger in der Hafenstadt Qinhuangdao zu bauen.

Bereits in den Jahren 1982-84 hatte Kuwait der VR China Kredite im Werte von ungefähr 150 Mio. US\$ zur Verfügung gestellt (weitere Punkte der Zusammenarbeit in: C.a., Januar 1985, Ü 4).

Inzwischen ist zwischen beiden Seiten auch ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet worden (1985).

Ferner wurde am 19. März in Beijing ein weiteres Kreditabkommen unterzeichnet, demzufolge Kuwait der VR China Gelder für den Bau einer Polypropylen-Fabrik in Luoyang (Provinz Henan) zur Verfügung stellt. Insgesamt habe damit, wie es bei dieser Gelegenheit hieß, Kuwait China seit 1982 240 Mio. US\$ für neun Projekte gewährt (XNA, 20.3.87).

So viel Zusammenarbeit löst selbstverständlich auch Verpflichtungen aus, vor allem in einer Situation, da Kuwait mit seinen Öltransporten im Persischen Golf Probleme hat und die beiden Supermächte sich als Schutzmächte engagiert haben. Erwartungsvoll richten sich die kuwaitischen Augen nun auf China. Beijing wurde gleichzeitig mit den vier anderen Ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsausschusses von Kuwait aufgefordert, an Maßnahmen für den Schutz vor iranischen Flugzeugangriffen auf kuwaitische Tanker mitzuwirken.

Kuwait ist einer der Hauptstützen des Iraks im Kampf gegen den Iran, weshalb kuwaitische Schiffe zu einem besonderen Zielobjekt iranischer Angriffe geworden sind. Nachdem zunächst bereits die UdSSR den Begleitschutz übernommen hatte - u.a. leaste sie drei kuwaitische Tanker, die nun unter sowjetischer Flagge fahren -, haben auch die USA elf kuwaitische Tanker auf das Sternenbanner umgeflaggt.

Wie nun soll sich in dieser Situation China verhalten? In den Augen der Anlieger des Golfstaates gilt es als eines der Hauptwaffenlieferanten für Teheran. Durch die Weltpresse ging insbesondere die Stationierung chinesischer Raketen vom Typ "Seidenraupe" nahe der Straße von Hormuz und am nördlichen Ende des Golfs, von wo aus Schiffe beschossen werden können.

Schlössen sich die Chinesen dem sowjetischen und dem amerikanischen Vorbild an und ließen kuwaitische Tanker unter chinesischer

Flagge fahren, so käme es möglicherweise zu der absurden Situation, daß chinesische Schiffe mit chinesischen "Seidenraupen" beschossen würden.

Wer möchte in dieser Situation schon in der chinesischen Haut stecken!? Die Chinesen beginnen nun zum ersten Mal dafür zur Kasse gebeten zu werden, daß sie einerseits nicht auf Kredite des proirakischen Kuwait und andererseits nicht auf Gewinne aus dem Waffengeschäft mit Iran verzichten wollten. Sie stehen m.a.W. zwischen Skylla und Charybdis. Da hilft es auch wenig, daß aus Beijing immer wieder die Versicherung kommt, man verhalte sich im Golfkrieg strikt neutral, und daß man permanent Waffenverkäufe an den Iran dementiert - zuletzt erst wieder am 17. Juni. Anlässlich einer Pressekonferenz des Außenministeriums brachte dabei die chinesische Seite ihre ernsthafte "Besorgnis um die Sicherheit der Schifffahrtslinien im Golf" zum Ausdruck. (Man spricht in China weder vom "Persischen" noch vom "Arabischen" Golf.) Ferner fügte der Sprecher hinzu, daß China es nicht billige, wenn irgendeine Großmacht ihre militärische Präsenz im Golf verstärkt und die Lage weiter kompliziert. "Wir sind dafür, daß das Golfproblem von den Anrainerstaaten des Golfes auf dem Wege friedlicher Verhandlungen gelöst wird" (XNA, 18.6.87). Dies ist allerdings, wie China sehr wohl weiß, ein frommer Wunsch.

Zu der Behauptung, China verkaufe Waffen an den Iran, bringt die *Volkszeitung* (RMRB, 23.6.87) ein entschiedenes Dementi. "Vor kurzem haben einige amerikanische Presseorgane unbegründete Gerüchte verstreut, daß China angeblich den Iran mit größeren Mengen von Waffen versorge; darüber hinaus haben sogar einige Vertreter der US-Regierung diese absurde Behauptung wiederholt. Doch handelt es sich hierbei um einen Trick, der darauf abzielt, Konfusion zu stiften - ein Trick mit Hintergedanken, der der Weltgemeinschaft keineswegs neu ist. China steuert im Iran/Irak-Krieg einen strikt neutralen Kurs und versucht ständig beide Seiten zu überzeugen, daß sie sich auf einen Frieden verständigen sollen. China hat niemals irgendwelche Waffen an beide Seiten verkauft. Für die Weltgemeinschaft steht es klar und eindeutig fest, daß Hauptlieferanten für den Iran und den Irak die beiden Supermächte sind. Die US-amerikani-

schen Verleumdungen gegen China werden ohne Erfolg bleiben. China besteht darauf, daß trotz des Unvermögens der beiden Kriegsparteien, einstweilen einen Waffenstillstand herbeizuführen, die Bemühungen weitergehen müssen, eine internationale Vermittlung herbeizuführen, um eine Atmosphäre der Wiederversöhnung zu schaffen. Zur gleichen Zeit ist es nötig, die internationalen Seewege im Golf zu sichern, um auf diese Weise den Frieden im Mittleren Osten und in der Welt zu erhalten. Gegenwärtig setzen viele Länder, darunter China, ihre Bemühungen fort, die Spannungen in der Golfregion zu mindern und den Iran sowie den Irak davon zu überzeugen, ihre gegenseitigen Kämpfe einzustellen."

Ein Leitartikel ähnlichen Inhalts erschien schon wenige Tage später erneut in der *Volkszeitung* (RMRB, 27.6.87).

Indirekt hat China ferner zu verstehen gegeben, daß es in der Golfproblematik nicht direkt intervenieren wolle. Diese Absicht geschieht in typisch chinesischer Weise dadurch, daß die Intervention der Supermächte als spannungsverschärfend dargestellt wird. Dabei allerdings scheint China zu übersehen, daß die Überfälle auf Öl- und Handelsschiffe schon vor dem Eingreifen der Supermächte stattgefunden haben. Der Krieg zwischen Iran und Irak wurde seit 1984 auf die Bombardierung der gegenseitigen Städte und der Tanker ausgedehnt, um auf diese Weise den Ölexport des Gegners zu verhindern und dessen Wirtschaft zu schwächen. Seit 1984 wurden über 300 Öltanker im Golf überfallen. Die Anzahl der die Hormuz-Straße passierenden Tanker verringerte sich seitdem auf 40 bis 50 pro Tag, während früher alle 10 Minuten ein Öltanker die Wasserstraße durchpflügt hatte. Der Ölexport wurde dadurch um nahezu zwei Drittel reduziert - keine geringe Menge, wenn man bedenkt, daß 90% des von den Golfländern produzierten Öls früher durch die Hormuz-Straße transportiert wurde.

Da die Öltanker des dem Irak verbündeten Kuwait Hauptziel der Überfälle wurden, hatte das Ölscheichtum im November 1986 die Supermächte um Hilfe gebeten, woraufhin die Sowjetunion im April 1987 drei kuwaitische Schiffe und die USA gleich elf kuwaitische Öltanker unter ihre Fittiche genommen hatten. Seitdem hat sich

die Zahl der Überfälle sogar verringert.

Die chinesische Propaganda wechselt hier m.a.W. Ursache und Wirkung. Recht zu geben ist ihr allerdings darin, daß die Gefahr einer Internationalisierung des Golfkriegs durch das Engagement der beiden Supermächte gewachsen ist.

Was aus solchen Ausführungen eindeutig hervorgeht, ist die entschiedene Distanzierung von dem Gedanken, auch Beijing könne kuwaitische Schiffe auf China umfliegen! -we-

***(3) China als Waffenverkäufer im Golfkrieg?**

Obwohl die Volksrepublik die Behauptungen, sie habe Waffen vor allem an den Iran verkauft, immer wieder mit Entschiedenheit als amerikanische "Schmierenkampagne" ablehnt (so z.B. RMRB, 27.6.87), verdichten sich doch die Verdachtsmomente, daß China inzwischen zum viertgrößten Waffenexporteur in der Golfregion geworden ist, und zwar nicht nur zugunsten des Iran, sondern auch des Irak.

In einem Bericht des amerikanischen "Congressional Research Service" vom Mai 1987 wird festgestellt, daß China dem Irak im Anfangsstadium des Golfkrieges, und zwar in den Jahren 1981/82, umfangreiche Waffenbestände zur Verfügung gestellt habe, darunter Bomber und Panzer. Auch an den Iran seien Waffen geliefert worden - darunter die jetzt entlang der Straße von Hormuz aufgestellten "Seidenraupen"-Raketen.

Schon 1986 hatte das US-Außenministerium behauptet, Beijing sei in den ersten sechs Monaten 1986 zum Hauptwaffenlieferanten der Iraner geworden, indem es für 300 Mio.US\$ Raketen, schwere Panzer und einige MiG-21-Flugzeuge chinesischer Bauart geliefert habe. Früher noch habe Nordkorea als einer der großen Lieferanten der Iraner gelten dürfen - und habe dabei möglicherweise im Auftrag der Chinesen gehandelt. Inzwischen habe sich China zu direkten Lieferungen entschlossen (zit. in: NZZ, 30.8.86).

Anfang Mai 1987 hat China nach Behauptung des Washingtoner Au-

ßenministeriums eine zweite Lieferung von Anti-Schiffs-Raketen des Typs "Seidenraupe" nach Iran gesandt. Damit sei die Fähigkeit Irans, Schiffe im Persischen Golf und in der Straße von Hormuz anzugreifen, weiter verbessert worden (zit. in: NZZ, 30.5.87).

China sei wegen der billigen Preise für Waffen inzwischen zu einem der bedeutendsten Belieferer der Dritten Welt geworden. Zwischen 1983 und 1986 stand die Sowjetunion mit Waffenverkäufen von rd. 60 Mrd.US\$ an die Dritte Welt an erster Stelle; die USA folgten mit 25,5 Mrd. an zweiter und Frankreich mit 16,4 Mrd. an dritter Stelle. Als vierter folgte dann bereits, wenn auch mit weitem Abstand, die VR China mit 5,2 Mrd. Noch in den vorangegangenen drei Jahren (1979-1982) hatte China erst an siebter Stelle hinter den beiden Supermächten, Frankreich, Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien gestanden. An achter Stelle folgten die CSSR, an neunter Spanien und an zehnter Brasilien (IHT, 20.5.87). Mitte Juni 1987 reiste der iranische Außenminister Velayati nach China - also zu einem Zeitpunkt, da einerseits Schlagzeilen über chinesische Raketen in iranischem Besitz durch die Weltpresse gingen und gleichzeitig über die Bitte Kuwaits an Beijing zu entscheiden war, kuwaitischen Tankern im Persischen Golf Schutz zu gewähren. Auch jetzt wieder wurden nach außen hin beruhigende Erklärungen abgegeben. China mische sich auf keinen Fall in die Probleme der Golfregion ein. Nach einem alten chinesischen Sprichwort "freut sich der Fischer, wenn Schnepfe und Muschel sich streiten" (XNA, 13.6.87). In diesem Zusammenhang auch dementierte China das angebliche Waffen/Öl-Geschäft mit dem Iran in Höhe von 560 Mio.US\$. In den amerikanischen Massenmedien war behauptet worden, China habe dem Iran den Bau einer Munitionsfabrik gegen Lieferung von Erdöl versprochen. Diese Behauptung sei völlig aus der Luft gegriffen. Beijing betrachte den Iran und den Irak als mit China gleichermaßen befreundete Länder (XNA, 10.6.87).

Bereits im Februar war ein Vertreter des Irak, nämlich der Erste Stellvertretende Premierminister Ramadan, nach China gekommen und hatte dort ebenfalls in einer Erklärung bekanntgegeben, er habe sich von der strikten Neutralität

Chinas im Golfkrieg überzeugen lassen (XNA, 17., 18. und 19.2.87).

Unterdes geht die zivile Zusammenarbeit Chinas mit beiden Kriegsgegnern weiter. Im Juli 1986 beispielsweise trat die zweite Sitzung des Gemischten Chinesisch-Iranischen Ausschusses für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit sowie Handel zusammen und legte eine Reihe von Projekten fest, die allerdings in den Kommunikationsmitteln nicht näher konkretisiert sind (XNA, 21.7.86). Am 29. Juli 1986 gab Irak bekannt, daß China in der Zwischenzeit drei Großdammbauten abgeschlossen habe, und daß es auch sonst zahlreiche Kooperationsprojekte gebe (XNA, 31.7.86). -we-

* (4)

Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der KPCh und der Kommunistischen Partei Israels; Geschäfte mit Israel

Zum ersten Mal seit dreißig Jahren besuchte eine Delegation der KP Israels die VR China. Dabei wurden Beziehungen zwischen beiden Parteien aufgenommen; gleichzeitig stellte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums jedoch klar, daß von einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Jerusalem keine Rede sein könne, so lange Israel nicht "seine Expansionspolitik aufgibt". (XNA, 2.7.87)

Der Leiter der israelischen Delegation, Generalsekretär Meir Vilner, betonte, daß beide Seiten bei den Gesprächen in vielen Fragen gleiche oder ähnliche Ansichten gehabt hätten, doch habe man sich in einer Reihe anderer Punkte nicht einig sein können. Einig sei man sich im Hauptpunkt der Nahost-Frage gewesen, daß nämlich Israel das von ihm seit 1967 besetzte arabische Territorium räumen solle und daß die Rechte des palästinensischen Volkes auf Entscheidungsfreiheit sowie die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates akzeptiert werden sollten.

Die Nahost-Frage solle durch Konsultationen auf einer von der UNO organisierten Konferenz mit allen Parteien, einschließlich Israels, der PLO, die die "einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes" sei, den arabischen Ländern und den fünf Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats ge-

löst werden, zu welchem letzteren ja auch China gehört.

Vilner betonte auch, daß die Diskussion ausschließlich auf Parteebene stattgefunden habe und daß sie nichts zu tun habe mit Regierungsbeziehungen (BRu 1987, Nr.28, S.6).

Chinas Verhalten gegenüber Israel ist höchst ambivalent: Auf der einen Seite sieht man in Beijing ein, daß es keinen Staat in Nahost gibt, der die "antihegemonistischen" Funktionen, wie China sie wünscht, so resolut wahrnimmt wie Israel; und man hätte in der Tat auch gerne offizielle Beziehungen, wenn die Araber nicht wären, auf die es Rücksicht zu nehmen gilt. Übrigens wird sogar das Wort "Zionismus" im Chinesischen auf sehr zurückhaltende und schonende Weise wiedergegeben, nämlich mit "Youtai fuguo zhuyi" wörtl.: "Juden kehren in Staat zurück-ismus".

Auf der anderen Seite aber muß man, wie gesagt, auf die Araber Rücksicht nehmen und läßt deshalb die antiisraelische Propagandamaschine auf vollen Touren laufen. Israel könne, heißt es beispielsweise, seine "Isolierung nicht durchbrechen, bevor es nicht seine Expansionspolitik aufgibt" (XNA, 1.6.85). Dauerthema ist auch die "Aggression Israels im Libanon" (z.B. XNA, 13.1.86). Hässlich wird der Mißerfolg der Reise Frau Thatchers nach Israel kommentiert (XNA, 30.5.86) - ebenso der Mißerfolg der offiziellen Gespräche zwischen der UdSSR und Israel am 18. August 1986 in Helsinki.

Immer wieder auch wird der Finger auf wunde Stellen in der israelischen Innenpolitik gelegt: "Geheimdienstaffären erschüttern die Regierung" (BRu 1986, Nr.30, S.11), "Selbstmordwelle in Israel" (XNA, 5.7.85), "Machtkampf in der Herut-Partei" (BRu 1986, Nr.15, S.12) sowie zahlreiche Hinweise auf Wirtschaftskrisen oder auf eine wachsende "Friedensbewegung in Israel". Dauerthema ist auch die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel. Geschmackvollerweise vergleicht man im Zusammenhang mit der Libanon-Invasion Israel mit Nazi-Deutschland (RMRB, 7.12.82).

Zuletzt kam es zu einem amerikanisch-chinesischen Zwischenfall, der auch mit Israel zu tun hatte. Anfang Juli 1987 nämlich verlangte das chinesische Kulturministerium,

daß aus einer Sammlung von Fotoportraits, die im Rahmen des chinesisch-amerikanischen Kulturaustausches in Beijing ausgestellt werden sollten, doch bitte zwei unliebsame Portraits entfernt werden möchten, nämlich das der früheren Ministerpräsidentin von Israel, Golda Meir, und das des Korea-Kriegs-Oberbefehlshabers, Douglas MacArthur. Die amerikanische Seite zog daraufhin gleich die ganze Sammlung zurück.

Trotz scharfer Attacken gegen den Judenstaat bleibt China aber nicht davor bewahrt, immer wieder in den Verdacht zu kommen, mit Israel gute Geschäfte zu machen. So hat beispielsweise nach Angaben aus Tel Aviv die israelische Rüstungsindustrie Anfang Februar 1987 von Beijing den Auftrag erhalten, 9.000 chinesische Kampfpanzer zu überholen und neu auszurüsten. Das Geschäft belaufe sich, wie es heißt, auf mehrere Hundertmillionen US-Dollar. Nach Abschluß des Vertrags habe Beijing Verhandlungen über den Kauf einer größeren Zahl von Panzern abgebrochen, die mit deutscher Lizenz in Argentinien gebaut würden (NZZ, 13.2.85). Anfang 1985 auch eröffnete Israel ein Konsulat in Hongkong, mit dessen Hilfe der Zugang zum China-Markt verbessert werden soll (FT, 25.2.85).

Bereits Ende 1984 war der israelische Großunternehmer Paul Eisenberg von China mit mehreren Projektstudien zur Weiterentwicklung chinesischer Großunternehmen beauftragt worden. Darüber hinaus soll Beijing mit der israelischen Agrarentwicklungsfirma Eitan Israeli einen Beratervertrag für Milchwirtschaft, Gemüsebau und Bewässerung abgeschlossen haben - also in Bereichen, in denen die israelische Landwirtschaft als eine der modernsten der Welt gilt (DW, 3.10.84; ST, 29.7.85). -we-

ASIEN

* (5)

Politik der strikten Nichteinmischung in der Sri-Lanka-Frage

Am 29. Juli unterzeichneten Indien und Sri Lanka in Delhi ein Abkommen, das als "historisch" bezeichnet wird.

Das Abkommen enthielt eine Garantie Indiens für die Durchführung der Resolution, die die Einstellung der Feindseligkeiten inner-

halb von 48 Stunden einschließt. Dem Abkommen zufolge sollen die militanten Gruppen der Tamilen innerhalb von fünf Tagen ihre Waffen abliefern und die Armee Sri Lankas sich auf die zwei Monate vorher innegehabten Stellungen zurückziehen.

Zwar wurde dem Verlangen der Tamilen nach einem eigenen Staat nicht Genüge getan, doch sollen die vorwiegend tamilisch besiedelten Nord- und Ostprovinzen eine Verwaltungseinheit werden, worüber ein Referendum stattfinden soll, das von indischen Wahlbeobachtern zu überwachen ist. Praktisch werden damit Präliminarien für eine weitgehende Selbständigkeit der von Tamilen bewohnten Landesteile festgelegt. Tamil wird neben dem Singhalesischen zur offiziellen Sprache.

Durch das Abkommen werden die unterschiedlichen ethnischen und sprachlichen Differenzen anerkannt, ohne daß es zum offiziellen Separatismus gekommen wäre.

Die weitere Entwicklung wird zeigen müssen, ob aus der Halbautonomie der Tamilen nicht am Ende eine reguläre staatliche Abtrennung wird.

Am 5. August nahm das chinesische Außenministerium zur Lage auf Sri Lanka Stellung. Die chinesische Regierung halte nach wie vor an der Position fest, daß Sri Lankas Nationalitätenfrage eine interne Angelegenheit des Landes sei. Man hoffe, daß Sri Lanka und Indien ihre Probleme auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz lösen könnten. China gewähre Sri Lanka keine Militärhilfe (XNA, 5.8.87).

Seit langer Zeit haben zwei Seelen in der chinesischen Brust miteinander gekämpft: Auf der einen Seite betrieb Beijing seine seit Jahrzehnten bewährte Politik des Gegeneinanderauspielens von Indien und seinen Nachbarstaaten. Dies war einer der Gründe, warum die Volksrepublik mit den Nachbarn Pakistan, Nepal, den Malediven und nicht zuletzt auch Sri Lanka ein so äußerst "freundschaftliches" Beziehungsnetz unterhält - eine Tatsache, die auch von den Regierungen dieser Länder gewürdigt wurde. Sri Lanka gehörte beispielsweise zu den ersten asiatischen Ländern, die mit China diplomatische Beziehungen aufnahmen (1957) und das in den fünfzi-

ger Jahren mit dem damals noch blockierten und boykottierten China ein Abkommen Kautschuk gegen Reis abschloß und das sich nicht zuletzt auch besonders engagiert für die Aufnahme Chinas in die UNO einsetzte. All diese Tatsachen waren beim Besuch J.R. Jayewardenes, des Präsidenten der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka, vom 20. bis 25. Mai 1984 hervorgehoben worden (XNA, 21., 22., 23. und 24.5.84). Der Reis-Kautschuk-Pakt von 1952 habe bis 1984 zum Export von jährlich 200.000 t Reis nach Sri Lanka und umgekehrt zum Import von 40.000 bis 50.000 t Kautschuk nach China geführt (XNA, 22.5.84). Beide Länder arbeiteten aber auch auf anderen Gebieten zusammen. China habe beispielsweise einen Großdamm und eine Landwirtschaftsmaschinenfabrik gebaut sowie einige kleinere hydroelektrische Kraftanlagen geliefert. Auch die große Bandaranaike-Versammlungshalle in Colombo wurde von China errichtet.

Mit Sri Lanka war bereits im November 1983 eine Gemeinsame Fischereigesellschaft gegründet worden (Radio Colombo in SWB, 3.10.83). Im Dezember 1985 war ein Verband der chinesischen Marine zu einem siebentägigen Freundschaftsbesuch im Hafen von Colombo eingelaufen.

Im November 1984 diskutierten beide Seiten Möglichkeiten eines gemeinsamen Schiffsdienstes nach Europa (XNA, 17.11.84).

Am 25. März 1985 wurde zwischen Beijing und Colombo ein Kulturabkommen geschlossen.

Anfang 1985 kaufte Sri Lanka einen größeren Posten chinesischer Sturmgewehre (so Jane's Defense Weekly, 29.1.85).

Freundschaftlicher Austausch auch zwischen den buddhistischen Mönchen beider Länder. Im Januar 1987 beispielsweise begannen fünf junge chinesische Mönche ein Studium am Institut für buddhistische Erziehung in Colombo (XNA, 11.12.86).

Ferner wurden im Dezember 1986 die Beziehungen zwischen den Kommunistischen Parteien beider Staaten - auf ceylonesischer Seite durch die KP Sri Lanka unter Peter Keuneman - aufgenommen (XNA, 25.12.86).

Auf der anderen Seite freilich war es den Chinesen schon seit Jahren klar, daß die Tamilen-Frage ohne Mitwirkung Indiens nicht gelöst werden konnte. Gerne sah man diese Mitwirkung Delhis nicht, doch man mußte sie in Kauf nehmen und protestierte deswegen auch kein einziges Mal. Darüber hinaus unterstützt die Volksrepublik schon seit einigen Jahren den Plan eines südostasiatischen Regionalbündnisses mit der Bezeichnung "South Asian Association of Regional Cooperation" (SAARC). Die Gründung der SAARC war am 8. Dezember 1985 bei einer Gipfelkonferenz der sieben südasiatischen Länder ins Leben gerufen worden und in einem Leitartikel der *Renmin Ribao* vom 9. Dezember 1985 sogleich mit Begeisterung als "historisches Ereignis" begrüßt worden. Wieder einmal habe sich ein Stück Dritte Welt zusammengesetzt und den Hegemonismus der beiden Supermächte ein weiteres Mal beschränkt. Beifall auch für die zweite Gipfelkonferenz der SAARC am 17. November 1986. "Zwei Könige, drei Präsidenten und zwei Ministerpräsidenten aus Bangladesh, Bhutan, von den Malediven, aus Nepal, Pakistan, Sri Lanka und Indien" hätten über den weiteren Ausbau der SAARC diskutiert, die Gründung eines Ständigen Sekretariats mit Sitz in Katmandu (Nepal) beschlossen und auch bereits einige gemeinsame Programme abgesehen, so z.B. im Bereich der Kindergesundheitsvorsorge, der Frauenbewegung sowie des Kampfes gegen Drogenhandel und Terrorismus. Ferner seien Absprachen über die Entwicklung des Terrorismus, über die Einrichtung eines Gemeinsamen Dokumentationszentrums und über ein freiwilliges Programm in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Rundfunkwesen beschlossen worden. Schließlich wurde eine dritte Gipfelkonferenz für 1987 in Katmandu vereinbart (BRu 1986, Nr. 48, S. 12 f.).

Beifall auch anlässlich eines zehntägigen SAARC-Ausbildungsseminars zur "Dezentralisierung der Verwaltung" in Dacca (Bangladesh) (XNA, 16.9.86) sowie für die zweitägige Außenministerkonferenz der sieben SAARC-Mitgliedstaaten am 13. August in Dacca (XNA, 13.8.86).

Nachdem sich China einmal dazu durchgerungen hatte, den Vermittlungsversuch Indiens in Sri Lanka als unentbehrlich zu akzeptieren, begann es, die auch jetzt gezeigte

Zurückhaltung zu ritualisieren (vgl. zu diesem Verhalten übrigens auch schon C.a., August 1983, Ü 7).

Wirkliches Lob verteilte China freilich nur, wenn die gemäßigten Tamilengruppen, wie z.B. die Tamilische Vereinigte Befreiungsfront, Gespräche führten, während die militanten Gruppen, vor allem die "Liberation Tigers of Tamil Eelam", auf chinesische Vorbehalte stießen - dies vor allem deshalb, weil Beijing zu wissen glaubte, daß die "Tiger" die systematische Unterstützung Delhis genössen. China wiederholte denn auch mehrere Male in seinen Presseorganen Anschuldigungen der Regierung in Colombo, daß Indien im eigenen Lande Ausbildungslager für bewaffnete Tamilen eingerichtet habe.

Nun aber, da es zur Unterzeichnung des oben erwähnten Abkommens gekommen ist, gibt man sich in China offensichtlich zufrieden. -we-

***(6)
"Besorgniserregende Lage an der chinesisch-indischen Grenze"**

Bereits im Februar 1987 war es zu erneuten indisch-chinesischen Spannungen gekommen, nachdem am 20. Februar der im Nordosten Indiens gelegene Bundesstaat Arunachal Pradesh in Anwesenheit des indischen Premierministers Rajiv Gandhi feierlich proklamiert worden war (Näheres dazu C.a., Februar 1987, Ü 5). Im Februar marschierten indische Truppenverbände nach Arunachal Pradesh ein. Die VR China protestierte in diesem Zusammenhang gegen die "Besetzung chinesischen Territoriums". Der "angebliche Unionsstaat" Arunachal befinde sich weit diessseits der "rechtswidrigen McMahon-Linie", die von den früheren Kolonialherren hinter dem Rücken Chinas willkürlich als Grenze zwischen China und Indien festgelegt worden sei. Die Gründung des neuen Unionsstaats sei ein erneuter Versuch Indiens, die damalige "Besetzung zu legalisieren".

Seitdem ist es an der gemeinsamen Grenze nicht zur Ruhe gekommen.

China beschwert sich auch darüber, daß indische Zeitungen den Verdacht geäußert hätten, die Volksrepublik sammle in Tibet Streitkräfte und plane, "Indien eine Lektion zu erteilen". Dies sei eine Lüge mit

unlauteren Absichten, erklärte das chinesische Außenministerium. Indien möge gleichwohl von Provokationen Abstand nehmen und seine Truppen zurückziehen. Diese Aufforderung wurde am 22. April und am 6. Mai wiederholt.

Im Juni kam der indische Außenminister N.D. Tiwari nach Beijing (XNA, 16.6.87). Dabei mußte er sich die chinesischen Standardklagen von jedem seiner Gesprächspartner anhören. Die aus der Vergangenheit überkommenen Probleme müßten durch friedliche und freundschaftliche Konsultationen im Geiste gegenseitiger Rücksichtnahme und gegenseitigen Entgegenkommens, unter Beachtung der Geschichte und unter Rücksicht auf die nationalen Gefühle beider Völker gelöst werden. Bevor es zu Verhandlungen über die Festlegung der Grenzlinie komme, sollten beide Seiten die am 7. November 1959 gezogene Waffenstillstandslinie strikt beachten (XNA, 15.6.87).

Äußerst lobend sprach sich China über den Artikel eines ehemaligen Sekretärs des indischen Außenministeriums vom 14. Mai aus, in dem gefordert wird, daß es für die Lösung der beiderseitigen Probleme nur einen einzigen Weg gebe, nämlich den Dialog.

Um die Grenzfrage zwischen beiden Ländern zu lösen, haben beide Seiten seit Dezember 1981 jedes Jahr eine Gesprächsrunde durchgeführt - die achte folgt in der zweiten Jahreshälfte 1987 (zu den Einzelheiten bis zur vierten Runde vgl. C.a., November 1983, Ü 3). Diese Vorgehensweise sei, wie beide Seiten betonen, eine höchst vernünftige Methode.

Leider seien die Gespräche dadurch ins Stocken gekommen, daß im Dezember 1986 die beiden Kammern des indischen Parlaments einen Gesetzesentwurf "durchgepeitscht" hatten, in dem die Gründung des Bundesstaates Arunachal Pradesh vorgesehen war. Dieser im Februar 1987 vollzogene Schritt habe dann die Grenzfrage wieder wesentlich komplizierter gemacht, zumal Indien seine Truppenkontingente im Grenzbereich verstärkt und dort zahlreiche Militärmanöver durchgeführt habe. Indische Flugzeuge seien wiederholt in den chinesischen Luftraum eingedrungen (XNA, 7.5.87).

Trotz dieser Spannungen war es jedoch, wie auch die chinesische Sei-

te zugeben mußte, zu keinem einzigen wirklichen Zusammenstoß gekommen. Offensichtlich ist es beiden Seiten strikt darum zu tun, die Vorfälle von 1959 und 1962 nicht nochmals sich wiederholen zu lassen.

Die Indien-Politik Chinas ist ambivalent: Auf der einen Seite bleibt die enge Anbindung der Indischen Union an die UdSSR den Chinesen weiterhin ein Dorn im Auge. Scharfe Kritik auch übt China an dem Zusammenspiel zwischen Indien und Vietnam sowie zwischen Indien und der VR Kampuchea.

Zu Reibereien ist es auch immer wieder wegen der indischen Bhutan- und Sikkim-Politik gekommen. Was freilich Sikkim anbelangt, so verbietet sich hier Indien jede ausländische Einmischung und protestierte beispielsweise im Oktober 1983 gegen die Methode der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, Sikkim als "Ausland" zu bezeichnen. Sikkim sei vielmehr ein integrierender Teil von Indien (Radio Neu-Delhi in SWB, 12.10.83). (Zu den Streitigkeiten über Sikkim systematisch C.a., August 1974, S.476-482).

Auf der anderen Seite sucht man aber den stillen Dauerkonflikt, der überdies noch bestärkt wird durch den ständigen indischen Verdacht, China schüre Unruhen in den indischen Nordostprovinzen, durch beruhigende Gesten zu entschärfen. Sichtbarstes Zeichen dafür sind die bereits erwähnten jährlichen bilateralen Verhandlungen sowie die Verstärkung des beiderseitigen Handels. Am 27. Mai 1987 beispielsweise wurde ein Handelsprotokoll für die Periode vom 1. Januar 1987 bis 31. März 1988 in Beijing unterzeichnet. Danach wollen beide Seiten ihr bilaterales Handelsvolumen auf etwa 200 Mio. US\$ anheben (XNA, 28.5.87). Bereits am 10. März war sich eine Delegation des chinesischen CCPIT in Delhi mit dem Präsidenten der Indischen Kammer für Handel und Industrie darin einig gewesen, daß der gegenwärtige Handelsaustausch den Möglichkeiten beider Seiten keineswegs angemessen sei (XNA, 11.3.87).

Die neuen Handelsabmachungen wurden freilich weit in den Schatten gestellt durch das indisch-sowjetische Handelsprotokoll vom 6. Juni 1987, durch das das Handelsvolumen mit der Sowjetunion innerhalb der nächsten fünf Jahre

bis zum 2 1/2fachen des entsprechenden Volumens in den vorausgegangenen fünf Jahren angehoben werden soll. Eine neue Dimension der Zusammenarbeit sei vor allem auf den Gebieten Elektronik und Computer-Produktion entstanden. Im Bereich der Agroindustrie wurde bereits im Februar 1987 ein Abkommen mit der UdSSR bis zum Jahre 2000 geschlossen. Das Protokoll faßt die Erweiterung der Zusammenarbeit bei gemeinsamer wissenschaftlicher Forschung, Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, beim Bau hochmoderner Lagereinrichtungen und Viehzuchtbetriebe ins Auge. Ferner wurde im April 1987 mit der UdSSR ein Abkommen über den Bau von Bewässerungskanälen und Dämmen unterzeichnet. Es schließt die Erforschung unterirdischer Wasservorkommen ein. Im Gegenzug nimmt die Sowjetunion den Indern Kaffee, Nüsse, diverse Chemikalien, Schuhleder, Baumwollstrumpfwaren, Strickwaren, Speicherbatterien u.a. ab (AIR nach MD Asien, 11.6.87, S.4).

Wie diese Ereignisse zeigen, bleibt die Achse zu Moskau ein fester Bestandteil der indischen Außenpolitik, der die Aktionen Delhis übrigens für China höchst berechenbar macht - freilich nicht im angenehmen Sinne.

Schon heute läßt sich voraussehen, daß die engen Bindungen zu Moskau, zu Hanoi und zu Phnom Penh - also echte Irritationen für Beijing - aufrechterhalten bleiben, und daß China deshalb seine Politik, die indischen Nachbarn zu umwerben und sie von Indien "wegzulocken", ebenfalls fortsetzen wird. Daran ändern weder die indisch-chinesischen Gespräche etwas noch schöne Gesten, wie beispielsweise die Gründung einer Indisch-Chinesischen Freundschaftsvereinigung im Mai 1986 (XNA, 3.5.86). -we-

AUSLÄNDER IN DER VR CHINA

* (7) USA-Tourist ermordet

Ende Juli 1987 wurde ein Tourist aus den USA in einem Zug von Beijing nach Guangzhou ermordet. Das Opfer wurde erstochen und ausgeraubt. Sein chinesischer Begleiter wurde schwer verletzt. Es war der erste US-amerikanische Tourist, der seit 1949 in der Volks-

republik China ermordet wurde (IHT, 27./28.7.87). Wahrscheinlich war es auch der erste ausländische Tourist überhaupt, der seit Gründung der VRCh einem Raubmord zum Opfer fiel. -sch-

* (8) Weitere 16 Städte und Kreise für Ausländer geöffnet

Das Ministerium für öffentliche Sicherheit hat am 7. Juli 1987 weitere 16 Städte und Kreise für Ausländer geöffnet. Es handelt sich um Orte in den beiden Provinzen Anhui und Guizhou. Damit erhöht sich die Zahl der von Ausländern ohne besondere Genehmigung zu bereisenden Orte auf 452 (RMRB, 8.7.87). -sch-

Innenpolitik

* (9) Wichtige Rede von Zhao Ziyang veröffentlicht: Harte Attacke gegen orthodoxe Gegner des marktorien- tierten Reformkurses

Alle wichtigen Zeitungen sowie das ZK-Theorieorgan *Rote Fahne* veröffentlichten am 10. Juli 1987 eine Rede des Ministerpräsidenten und amtierenden ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang, die dieser bereits am 13. Mai 1987 auf einer Konferenz von Funktionären aus den Bereichen von Propaganda, Theorie, Presse und Parteischulen gehalten hatte. Die große Publizität, die dieser Rede zuteil wurde, ist ein Indiz dafür, daß ihre Veröffentlichung auf höchster Ebene beschlossen wurde. Einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* zufolge geht die Veröffentlichung der Zhao-Rede auf eine Anweisung von Deng Xiaoping vom 7. Juli 1987 zurück (*Zhengming*, August 1987, S. 8). In einer Randbemerkung zum Text der Rede soll sich Deng voll hinter die Ausführungen von Zhao Ziyang gestellt haben. Der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung dürfe, so Deng, die Reformen und die Öffnungspolitik nicht negativ beeinflussen und dürfe nicht auf den ökonomischen Bereich ausgedehnt werden - andernfalls werde man wieder in einer Sackgasse landen. Dies müsse allen einmal klar und deutlich gesagt werden (ebenda).

An Deutlichkeit ließ es Zhao Ziyang in seiner Rede in der Tat auch nicht fehlen: Erstens machte Zhao deutlich, daß die Ziele des Kampfes gegen die bürgerliche Liberalisierung bereits erreicht seien, und zweitens nahm er eine unmißverständliche Kritik an den Positionen des orthodoxen Flügels vor. Gleichzeitig vermied es Zhao sehr geschickt, seinen Gegnern eine Angriffsfläche zu bieten. Insgesamt stellt seine Rede vom 13. Mai 1987 eine taktische Meisterleistung dar, und sie ist sicherlich eine der besten politischen Reden, die Zhao Ziyang jemals gehalten hat.

Die Rede von Zhao Ziyang war in zwei Gliederungspunkte unterteilt:

- I. "Wie soll der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung vertieft werden?" und
- II. "Die Propagierung der Reform verstärken".

Zu Beginn des ersten Teils seiner Rede erklärte Zhao klipp und klar: - "Im politisch-ideologischen Bereich ist eine große Veränderung eingetreten, und die Ausbreitung der Gedankenströmung der bürgerlichen Liberalisierungstendenzen ist bereits gestoppt worden." - "Das politische Klima hat sich geändert, und die Lage ist bereits wieder voll unter Kontrolle."

Diese Entwicklung zeige, so Zhao Ziyang, daß die Entscheidung der Parteizentrale, den Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung zu entfachen, notwendig und korrekt gewesen sei. Die erzielten positiven Ergebnisse würden jedoch auch deutlich machen, daß die in ZK-Dokument Nr. 4/1987 festgeschriebene Begrenzung des antibürgerlichen Kampfes auf die kommunistische Partei und auf den politisch-ideologischen Bereich vollständig korrekt sei (vgl. C.a., Februar 1987, Ü 8). Damit verteidigte Zhao die von ihm initiierte Einschränkung des antibürgerlichen Kampfes gegen wiederholte Kritik aus den Reihen seiner orthodoxen Gegner, daß die Kritikbewegung bereits beendet worden sei, bevor sie überhaupt richtig angefangen habe. Geschickt auf die Angriffe seiner orthodoxen Kritiker eingehend plädierte Zhao für eine langfristig angelegte Fortsetzung des Kampfes auf "vertiefter und gesunder" Basis, denn auch nachdem jetzt bereits "sehr große Erfolge" im Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung erzielt worden seien, könne man nicht behaupten, daß dieser Kampf nun bereits nahezu beendet sei.